



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0866390

P/XII/65 - 19. März 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Ruhe sanft im geteilten Deutschland!	S. 1
Die britischen Schiffswerften liegen still	S. 3
Deutscher Hilfsverein in Frankreich	S. 5
Sammlung der Rechtsradikalen	S. 8

"Friedensoffensive des Westens"

sp. Die Bundesregierung und mit ihr das Auswärtige Amt in Bonn scheinen entschlossen zu sein, auch weiterhin die Bemühungen um die Lösung des Deutschlandproblems ausländischen Politikern zu überlassen. Während man in Bonn seit Jahren steif und fest behauptet, die Wiedervereinigung Deutschlands könne nur als Ergebnis der Aufrüstungspolitik aders erwartet werden, macht sich in der ganzen Welt die Neuordnung bisher als "unabänderlich richtig" bezeichneter Gedanken bemerkbar.

So hat u.a. am Montag Abend der Führer der britischen Opposition, Gaitskell, in einem Vortrag an der Freien Universität in Berlin die Einleitung einer "Friedensoffensive des Westens" gefordert, deren Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands und die Bildung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa sein soll. Gaitskell, heute noch der Führer der Opposition in England, ist vielleicht morgen der Chef der Regierung Grossbritanniens.

Um die "Friedensoffensive des Westens" mit Erfolg einleiten zu können, verlangt Gaitskell, dass die Westmächte in Übereinkunft mit der Bundesrepublik feststellen, ob die Russen zu Verhandlungen über einen allmählichen Rückzug aller ausländischen Streitkräfte aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei sowie West- und Ostdeutschlands wirklich bereit sind, nachdem jetzt sogar Chruschtschow von einer solchen Möglichkeit gesprochen hat. Wenn das der Fall ist, sollte als nächster Schritt die Errichtung einer Kontrolle über die zugelassenen nationalen Streitkräfte als Teil eines allgemeinen Abrüstungsplanes eingelei-

tet werden. Gleichzeitig sollen die Bundesrepublik aus der NATO, die sogenannte DDR, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt ausscheiden. Im Zusammenhang mit der auf der Grundlage freier Wahlen erfolgten Wiedervereinigung Deutschlands sollen dann Deutschland und die anderen - inzwischen aus den Militärpakten ausgeschiedenen - europäischen Staaten einen gegenseitigen europäischen Sicherheitspakt abschliessen.

Gaitskell betonte jedoch ausdrücklich, dass bei Durchführung eines solchen Planes nicht das Ende der NATO herbeigeführt werden müsse. Die NATO könne auch nach einem Ausscheiden der Bundesrepublik bestehen bleiben.

Der britische Labour-Vorsitzende gab selbst zu, dass die Sowjetunion wahrscheinlich zunächst einen derartigen Vorschlag nicht annehmen werde. Es könne eventuell Jahre dauern, bis man mit den Russen in zähen Verhandlungen zu den vor ihm angedeuteten Vereinbarungen gelange. Aber - so sagte Gaitskell in Berlin - das sollte die europäische Diplomatie nicht hindern, eine "weniger passive Haltung aus bisher" einzunehmen. Der Westen brauche eine Entspannung der Atmosphäre nicht zu fürchten, da die Vorgänge in Polen und anderen Ostblockstaaten gezeigt hätten, dass die strategische Bedeutung der Ostblockstaaten für die Sowjetunion nicht mehr die gleiche sei wie vor einigen Jahren. Auch hätte die Entwicklung der ferngesteuerten Raketenwaffen die Bedeutung der militärischen Blockbildungen mit Hilfe von Satellitenstaaten stark herabgemindert. Warnend fügte Gaitskell hinzu, wenn der Westen sich fest an die Politik klammere, die der Zeit des Kalten Krieges entsprochen habe, so tue er gerade das, was die sowjetischen politischen Strategen wünschten. Die "Mentalität der Maginot-Linie im politisch-diplomatischen Bereich" müsse überwunden werden.

Gaitskell ist nicht der Einzige, der in letzter Zeit ähnliche Gedanken ausserte. Die Opposition in der Bundesrepublik hat seit Jahren von der Regierung Adenauer eine sichtbare Initiative zur Überwindung des toten Punktes in der Deutschland-Politik gefordert. Die Bundesregierung ist stumm geblieben. Sie klammert sich an ihrem Schlachtross des alten Kalten Krieges fest. Von aussen pocht man vernehmlich an die geschlossenen Türen der Koblenzer Strasse in Bonn. Man sollte dort bald ein Schild anbringen mit der Aufschrift: "Ruhe sanft im geteilten Deutschland".

Die grösste Machtprobe seit 1926

E.A., London

Seit Sonnabend 12 Uhr Mittags liegen die britischen Schiffswerften von Aberdeen im Norden bis Falmouth im Süden still. 210 000 Werftarbeiter streiken. Sie kämpfen als die Avantgarde in dem Bewusstsein, dass, wenn sie ihre Lohnforderung nicht durchsetzen werden, auch kein anderer gewerkschaftlich geführter Lohnkampf in Grossbritannien auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben würde.

Die Vorgeschichte des Streiks ist lang und eindeutig. Seit einem Jahr haben die Gewerkschaften der Werftarbeiter auf Drängen ihrer Mitglieder eine Lohnbewegung eingeleitet. Alle ihre Bemühungen, Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation einzuleiten, scheiterten an deren kategorischem Nein. Die Unternehmer fühlten sich auf Grund der deflationistischen Regierungspolitik stark genug, alle Lohnforderungen zu ignorieren. Sie wollten ein für alle Mal das Lohnsystem "stabilisieren". Ihre Haltung stand in direktem Gegensatz zur bisherigen Praxis des kollektiven Verhandels. Es war in keiner Weise durch die wirtschaftliche Lage der britischen Schiffbauindustrie bestimmt. In den Bestelbüchern der Werften sind feste Aufträge im Werte von fast 10 Milliarden D-Mark vermerkt, Aufträge, die volle Beschäftigung der Werftindustrie auf fünf Jahre hinaus garantieren.

Im Laufe der letzten zwölf Monate hatten die in anderen Industriezweigen geführten Lohnverhandlungen Aufbesserungen zwischen 3 und 5 Prozent der Grundlöhne herbeigeführt, Aufbesserungen, die gerade ausreichten, um die Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, die nach dem offiziellen Index um etwas mehr als vier Prozent gestiegen waren. Aber vielleicht gerade weil sich die Werftindustrie ihrer Prosperität sicher fühlte, warf sie die bisher übliche Praxis über Bord. Die Werftbesitzer blieben bei ihrer Ablehnung jeder Lohnaufbesserung auch noch, als die Gewerkschafter ein Ultimatum stellten: Entweder werden unverzüglich Verhandlungen über unsere 10-prozentige Lohnaufbesserungsforderung aufgenommen oder wir streiken.

Fehlgeschlagene Vermittlungsversuche

Als der Streik bereits angesagt war, machte die Regierung im

letzten Augenblick einen halbherzigen Versuch, den Streik, der katastrophale Folgen für die gesamte britische Wirtschaft zu haben droht, zu vermeiden. Der Arbeitsminister fragte Gewerkschaften und Unternehmer, ob sie sich dem Schiedsspruch eines von ihm ernannten Schiedsrichters unterwerfen würden. Im Bewusstsein, dass die Regierung in ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik einen arbeitnehmerfeindlichen Kurs verfolgt hat, konnten die Gewerkschaften dieses Angebot, das ihnen die Hände gebunden hätte, ohne eine Garantie für unparteiische Berücksichtigung ihrer Forderungen zu geben, nur ablehnen. Die Unternehmer, die zuerst abgelehnt hatten, stimmten, nachdem es feststand, dass die Schlichtungsaktion zum Scheitern verurteilt war, der Ernennung des Schlichters zu, ohne aber eine feste Zusage zur Annahme eines Schiedspruches zu geben. Damit war der Streik unvermeidlich geworden.

Die Sympathien der Bevölkerung stehen auf Seiten der Streikenden. Selbst die konservative Presse kritisierte die Haltung der Werftunternehmer, die darauf hinauslief, eine Machtprobe herbeizuführen. Während nämlich die Reihen der Arbeitnehmer in diesem Kampfe absolut geschlossen sein werden, wird es auch im Lager der Unternehmer manchem recht sonderbar zu Mute, wenn er sich die Folgen dieses größten Lohnkampfes seit 1926 vorstellt. In den Schiffwerften wird die erste Schlacht der grossen Auseinandersetzung geliefert, die man, seitdem die konservative Regierung ihre deflationistische Wirtschaftspolitik mit aller Rücksichtslosigkeit durchführte, unvermeidlich kommen sah. Der letzte TUC-Kongress hatte bereits den Fehdehandschuh, der von Regierung und Unternehmern hingeworfen war, aufgenommen.

Weitere Lohnkämpfe zu erwarten

Die 21 Gewerkschaften, die den Werftarbeiterstreik führen, fühlen sich als die ersten Bataillone, die ins Feuer geführt werden. Dicht hinter den Werftarbeitern marschieren die zweieinhalb Millionen der Arbeitnehmer in der britischen Maschinen- und Elektroindustrie, deren Gewerkschaften eine Streikaktion für den 23. März beschlossen haben. Auch hier geht es um eine zehnprozentige Lohnforderung, über die zu verhandeln die Unternehmer abgelehnt haben. Auch hier wäre ein Schlichtungsversuch der Regierung hoffnungslos.

Darüber hinaus droht die Möglichkeit eines Eisenbahnerstreiks.

Die Eisenbänner haben gleichfalls eine zehnprozentige Lohnforderung gestellt. Ein Schiedsgericht wird in diesen Tagen seinen Spruch fällen. Falls der Schiedsspruch drei Prozent oder noch weniger Aufbesserung bringen sollte, so werden die Gewerkschaften wahrscheinlich mit einem Streikbeschluss antworten. Die Saat, die zuerst Butler als Schatzkanzler gesät hat, die dann Macmillan und jetzt von Peter Thorneycroft behütet wurde, beginnt ihre Früchte zu tragen. Niemals seit dem Generalstreik von 1926 war der Arbeitsfrieden in Grossbritannien durch einen ähnlich umfangreichen Lohnkonflikt wie jetzt gestört worden.

+ + +

Gute deutsch-französische Zusammenarbeit

Von Ludwig Metzger, MdB.

In der Avenue Raymond-Poincaré 13 in Paris arbeiten in zwei bescheidenen Büroräumen einige Menschen, deren Wirken weit über das hinausgeht, was der erste Anschein ergibt. Es handelt sich um den Deutschen Hilfsverein in Frankreich. Der Bundestagsabgeordnete Busch und ich hatten letzte Woche Gelegenheit, an einer seiner Vorstandssitzungen teilzunehmen.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen des zweiten Weltkrieges konnte sich Frankreich nur schwer entschliessen, die deutschen Kriegsgefangenen heimzuschicken. Sie waren als Arbeitskräfte wichtig und man wollte sie nicht entbehren. Schliesslich entschloss man sich zu der Lösung, deutschen Kriegsgefangenen die Möglichkeit zu bieten, freiwillig in Frankreich zu bleiben und ein ziviles Arbeitsverhältnis einzugehen. Viele machten davon Gebrauch, in erster Linie solche, die keine Angehörigen mehr hatten, in der Ostzone daheim waren oder die Heimat überhaupt verloren hatten. Noch zu Beginn des Jahres 1954 hatten rd. 60 000 deutsche Staatsangehörige, die mit Genehmigung des französischen Arbeitsministeriums berufstätig waren, ihren ständigen Wohnsitz in Frankreich. Ende 1955 waren noch über 50 000 Deutsche in Frankreich ansässig, wovon nach den vorliegenden - allerdings nicht vollständigen - Angaben 29 760 die Arbeiterlaubnisse hatten. Darunter waren u.a. 8000 landwirtschaftliche Arbeiter, 3 800 Bergarbeiter, 3000 Metallarbeiter, 2 500 Bauarbeiter und 2 100 Hausangestellte. Heute werden sich etwa 40 - 50 000 deutsche Staatsangehörige (ihre Familienangehörigen miteingerechnet) in Frankreich befinden. Ein großer Teil der Arbeiter gehört dem Gewerkschaftsbund "Force Ouvrière" an, der von einer deutschen Sektion mit einem besonderen Sekretariat, das durch die deutschen Gewerkschaften errichtet worden ist, betreut wird. Leiter dieses Sekretariats ist der deutsche Gewerkschaftler Albert Preuss.

Die Aufgaben des Hilfsvereins

Der Deutsche Hilfsverein sieht es als seine Aufgabe an, allen

deutschen Staatsangehörigen - über die besondere gewerkschaftliche Tätigkeit hinaus - im Falle der Not mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er hat aber auch Aufgaben von grosser kulturpolitischer Tragweite übernommen. Wenn Deutsche hilfsbedürftig werden, hilft der Verein mit Mitteln, die der Bund zur Verfügung stellt, nach Massgabe deutscher Bestimmungen oder er gewährt in besonders schweren Fällen Spenden aus Mitteln, die ihm aus nichtamtlichen Quellen zufließen. Noch wichtiger ist die Hilfe, die den oft schreibungsgewandten und mit den Gesetzen des Landes nicht vertrauten deutschen Arbeitern oder denen, die sich eine Existenz aufbauen wollen, gegenüber den französischen Behörden und zur Durchsetzung gesetzlicher Ansprüche gewährt wird. Zwischen dem Deutschen Hilfsverein und den französischen Stellen hat sich eine durchweg harmonische Zusammenarbeit entwickelt. Die Franzosen bedienen sich auch ihrerseits oft des Hilfsvereins.

Es könnten viele Beispiele angeführt werden. Eines Abends ruft ein französischer Polizist das Büro des Hilfsvereins an und erklärt, er habe da einen deutschen Matrosen, der in Bordeaux sein Schiff verpasst und den man in Paris erwischt habe, als er mit dem Zug ohne Fahrkarte angekommen sei. Eigentlich müsse er den Mann jetzt in der Kasse stecken, aber er mache gar nicht den Eindruck, dass er da hingehöre. Deshalb frage er, ob der Hilfsverein ihn übernehmen wolle. Wenn ja, lasse er ihn kurzerhand frei. Der Hilfsverein erklärte sich zur Übernahme bereit, und die deutsche Botschaft zahlte die Fahrtkosten nach Le Havre, wo der Matrose sein Schiff erreichte, das ihm davongefahren war, während er in Bordeaux einen über den Durst getrunken hatte. Die Geschichte zeigt die Grosszügigkeit und das menschliche Verständnis des französischen Polizisten und die mannigfaltigen Möglichkeiten der Hilfe, die der deutsche Hilfsverein zu leisten vermag und die er leistet.

Auch für Kinder wird gesorgt

Jährlich schickt der Hilfsverein deutsche Kinder, zu denen sich immer einige deutsch-französische und französische gesellen, zu einem Ferienaufenthalt nach Deutschland. Sie werden in Kinder- und Jugendheime der Arbeiterwohlfahrt, des Evangelischen Hilfswerks, des Deutschen Caritasverbandes, des Deutschen Roten Kreuzes, des Bayrischen Roten Kreuzes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes untergebracht. Einen grossen Teil der Kosten stellt das Auswärtige Amt zur Verfügung. Im Jahre 1956 waren es 384 Kinder im Alter von 6 bis 18 Jahren. Die Auswahl geschieht sehr sorgfältig. Der Hilfsverein setzt sich mit Lehrern und Bürgermeistern in Verbindung. Durchweg geben die französischen Beamten freiwillig und gerne Auskunft. Briefe vieler Lehrer liegen vor, die schreiben, wie sehr sie sich darüber freuen, dass ein Kind ihrer Klasse nach Deutschland fahren kann. In den meisten Fällen spricht der Lehrer vor seiner Klasse über die Gegend, in die das Ferienkind kommen soll. Das zurückgekehrte Kind spricht vor seinen Mitschülern meist über seine Erlebnisse und Eindrücke. Diese Ferienaufenthalte helfen nicht nur die Verbindung der in Frankreich lebenden deutschen Familien mit Deutschland zu stärken, sondern sie tragen auch zur Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen - besonders in der Schule - bei.

Gemeinsam helfen

Bei jeder Gelegenheit ist der Hilfsverein bemüht, das Gemeinsame

19. März 1957

zwischen den in Frankreich lebenden Deutschen und ihren französischen Nachbarn herauszustellen. Als in einem Dorf einige Häuser abgebrannt waren, die teils von Franzosen, teils von Deutschen bewohnt waren, wurden Sammlungen veranstaltet, deren Ertrag man in einen Topf warf. Der Hilfsverein hat die Mittel, die er gewähren konnte, nicht unmittelbar den deutschen Landsleuten gegeben, sondern gleichfalls in den einen Topf gelegt. Und aus diesem einen Topf wurde allen gemeinsam geholfen. Mir scheint, dass auch hier wieder Franzosen und Deutsche vorbildlich gehandelt haben.

Der Präsident des Hilfsvereins ist der Gewerkschaftler Albert Preuss, sein Stellvertreter ist der feinsinnige 81-jährige Cohen-Reuss, Ehrenpräsident ist der deutsche Botschafter von Maltzan. Dem Vorstand gehören 9 in Paris lebende Mitglieder (darunter 2 evangelische und 1 katholischer Geistlicher) und 7 Mitglieder an, die in der französischen Provinz ansässig sind. Ausserdem arbeiten etwa 200 ehrenamtliche Vertrauenspersonen mit, die in der Hauptsache durch die Vertrauensleute des deutschen Sekretariats der Force Ouvrière, den Christlichen Verein Junger Männer und durch kirchliche Organisationen gestellt werden.

Hier wird im Stillen eine Arbeit geleistet, die es wert ist, dass man von ihr Kenntnis nimmt. Die Mittel, die der Bundestag hierfür bewilligt, sind gut angelegt.

Bedeutungswandel des Eigentumsbegriffs

Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Deist stellt in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" u.a. fest: Die Auffassung, dass alles Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt und durch Formen des Gemeineigentums ersetzt werden müsse, wird heute von der demokratischen Arbeiterbewegung abgelehnt. Privateigentum gewährt wirtschaftliche Unabhängigkeit und erleichtert die Entfaltung der freien Persönlichkeit. Das gilt für das private Eigentum des Arbeitnehmers ebenso wie für das Arbeitseigentum von Handwerkern und für das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Diese Erklärung ist das Ergebnis eines langfristigen Erkenntnisprozesses, dessen Beginn bereits Jahrzehnte zurückliegt. Die Arbeiterbewegung erkennt das Privateigentum an Produktionsmitteln als berechtigt an, soweit es die freie Entfaltung anderer nicht unangemessen beeinträchtigt und seine soziale Aufgabe gegenüber der Gesamtheit erfüllt. Damit hat der Begriff des Privateigentums einen wesentlichen Bedeutungswandel erfahren.

Es gehört zum Wesen einer freiheitlichen Ordnung, dass der selbstverantwortlichen Initiative so viel Spielraum gegeben wird, wie es die Verhältnisse erlauben. Der Staat muss den Wettbewerb der Unternehmungen dort bewahren und schützen, wo er seine Aufgabe noch einigermaßen wirksam erfüllt. Er muss die Bildung von Kartellen und Monopolen verhindern. Das Kriterium einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft ist nicht darin zu sehen, ob der Staat in die Wirtschaft ordnend und lenkend eingreift, sondern allein darin, ob seine Ordnungsmassnahmen der Erhaltung und Stärkung des Freiheitsraumes in der Wirtschaft dienen oder nicht.

Das Ziel: Gespräche mit Pankow

mu, Hamburg

Die norddeutschen Verfassungsschutzämter haben in diesen Tagen übereinstimmend vier Feststellungen getroffen.

1. Die rechtsradikalen Parteien haben sich zu einer engen Zusammenarbeit gefunden.
2. Ziel ihres Zusammenschlusses ist die beabsichtigte Führung eines äusserst aggressiven Bundestagswahlkampfes.
3. Initiator und Führer von Zusammenschluss und Wahlkampagne ist die Deutsche Reichspartei (DRP).
4. Es sind erste Anzeichen dafür erkennbar, dass die DRP unter ständiger Betonung ihrer Grundgesetztreue das "Erbe" der verbotenen Sozialen Reichspartei (SRP) praktisch anzutreten dabei ist.

Bei den rechtsradikalen Parteien, die sich unter dem "Dach" der DRP mit den Vorstandsmitgliedern v. Thadden, Meerwarth, Weinberg und Kosche zusammengeschlossen haben, handelt es sich um folgende Gruppen:

1. Deutsche Gemeinschaft unter Haussleitner
2. Deutscher Block unter Meissner
3. Vaterländische Union unter Weitenhansl
4. Deutsch-sozialer Union unter Strasser
5. Deutscher Bauern- und Mittelstandsbund unter Schleyerbach
6. Deutsches Kulturwerk unter Dr. Böhme

Nach den Feststellungen der Verfassungsschutzämter soll die Wahlpropaganda von den Zeitungen "Nationale Rundschau", dem "Reichsruf", sowie "Die europäische Nationale" geführt werden. Die "Nationale Rundschau" wird durch den Chefredakteur Schell in Karlsruher herausgegeben. Die "Europäische Nationale" ist das "Hausblatt" des Vorsitzenden der "Deutschen Sozialen Bewegung", Priester. Priester vertritt die rechtsradikalen Gruppen in der sogenannten faschistischen Internationale, deren europäische Verbindungsstelle in Holland ist. Die "Nation", die von Steidel herausgegeben und von Brehm und Schäfer redigiert wurde, kann nicht mehr benutzt werden. Sie stellte ihr Erscheinen ein, nachdem ihre Ostfinanzierung bekannt wurde. Das Gleiche gilt für die "Rheinisch-Westfälischen Nachrichten", die anschliessend von Schäfer ins Leben gerufen worden war.

Ausgangspunkt des Zusammenschlusses ist eine Erklärung, welche von den genannten Gruppen gemeinsam ausgearbeitet und angenommen wurde. Danach soll mit den Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes für eine "Nationale Opposition" in Westdeutschland unter Führung der DRP sofort begonnen werden. In allen Bundesländern und Bundestagswahlkreisen sollen nach der Anfang des Jahres bekanntgewordenen Entschliessung Wahlkampfleitungen gebildet werden. "Bei der Wahlkampfparolen, auf die man sich einigte, sind: "Wiedergutmachung von Entnazifizierungsschäden" und "Gespräche mit der DDR".

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel